

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

- monatlich Ké 16.—
- vierteljährlich 48.—
- halbjährig 96.—
- ganzzjährig 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh

Arbeitsvolf, wende dein Schicksal!

„Bei uns greift die Spaltung fast in jede Arbeiterfamilie hinein. Der Vater ist Sozialdemokrat geblieben, der eine Sohn hakenkreuzler, der andere Kommunist geworden und die Frau läuft den Christlich-sozialen nach.“

So zeichnete ein Vertrauensmann die Verhältnisse in einem Textilgebiete Nordböhmens nach siebenjähriger Revolutionierungsarbeit der Kommunisten. In diesen schlichten Worten spiegelt sich die ganze Tragik des Arbeiterchicksals in diesem Lande. Ein Teil des Proletariats hat sich losgelöst von der großen Klassenarmee, ist voller Ungeduld vorgestürzt, um das gemeinsame Befreiungsziel schneller zu erreichen und durchwandert nun sieben Jahre schon den Irrgarten des kommunistischen Scheinradikalismus, ohne einen Ausweg zu finden. Die ungeheure revolutionäre Kraft, die den Kapitalismus mit einem Anlauf überrennen wollte, liegt schon über ein halbes Jahrzehnt brach oder wütet gegen die eigene Sache. Keinen einzigen Erfolg konnte der kommunistische Spaltungskampf dem Proletariat bringen, er schlug nur Breiße für das Eindringen des Indifferentismus, des hakenkreuzlerischen und christlichen Scheinsozialismus in die Arbeiterklasse. Die ehemaligen Hochburgen der Arbeiterbewegung, wo der Bolschewismus über die Sozialdemokratie triumphierte, bieten heute im großen und ganzen das gleiche Bild der Zerrüttung, wie es nach den voranstehenden Worten eines Vertrauensmannes in vielen Arbeiterfamilien herrscht. Im politischen Kampfe steht Proletariat gegen Proletariat, Sohn gegen Vater, die Frau gegen den Gatten. Im proletarischen Bruderkampfe werden die Schlachten des Bürgertums gewonnen.

Es wäre um den sozialistischen Fortschritt überall so trostlos bestellt, wenn die Arbeitereinheit nicht in der Sozialdemokratie eine tatkräftige Beschützerin gefunden hätte. Seit dem historischen Karlsbader Parteitage bestand ihre Mission darin, die sozialistischen Reihen beisammenzuhalten und die organisierte Macht der Arbeiterklasse vor der Zerstörung zu retten, damit die Kampffront gegen die kapitalistische Welt unerschütterlich bleibe. Das war der Sinn aller großen Auseinandersetzungen mit dem Kommunismus und des jahrelangen Kleinkrieges um jede Arbeiterseele. Und so können wir heute mit freudigem Stolz feststellen: All die Mühen und Widerwärtigkeiten dieses Kampfes sind nicht vergebliches Opfer gewesen. Unversehrt marschierten die Kerntruppen der Partei durch das Kreuzfeuer der Feinde von rechts und links. Weder die bolschewistische, noch die reaktionäre antimarxistische Welle vermochten sie ins Wanken zu bringen. Mit Ausnahme einiger Bezirke blieben die tragenden Pfeiler der judendeutschen Arbeiterbewegung in ihren schwersten Jahren unverehrt. Wenn auch im Augenblicke die organisierte und politische Selbstbehauptung manchmal schmerzliche Opfer kostete — für die Zukunft wurden doch die kostbarsten Güter gerettet: Gute Organisationen, eine schlüsselfertige Presse und der unerschütterliche Glaube Hunderttausender an den Sozialismus. Was das im täglichen Kampfe bedeutet, haben wir in den letzten Monaten und Wochen gesehen. Die Sozialdemokratie ist im deutschen Volke die anerkannte Trägerin des Kampfes gegen den verbrecherischen Aktivismus, in ihren alten Organisationszentren häumt sich der Widerstand gegen soziale Reaktion und nationalen Verrat am kraftvollsten empor, in launenden Städten, Dörfern und Betrieben sind ihre Vertrauensmänner den Parteien der Reaktion auf den Fersen, in hunderten Versammlungen sind sie die Stimme der Empörung, die Becker des Denkens und der Vernunft der arbeitenden Volksmassen. Hält man dagegen die lämmelnde Halbheit, die Zweischlächtigkeit und Unsicherheit der anderen Oppositionsparteien, so entsteht die Gewißheit, daß der bürgerliche Aktivismus das ganze Volk in Grund und Boden verderben könnte, wenn er nicht in der

Gegenwehr der Sozialdemokratie seine Schranken fände. Die Partei Seligers, kaum von härtesten Schicksalsschlägen erholt, vor wenigen Jahren noch in einen Kampf um Sein oder Nichtsein verwickelt und von der Meute der Gegner höhnisch totesagt, steht wieder im Vordergrund der politischen Entscheidungen und ergreift ihre alte Rolle als Schicksalsträgerin der arbeitenden Klasse und damit der ganzen Nation.

Ob es wenig oder viel ist, daß der Klassenbewußte judendeutsche Arbeiter sein organisatorisches Rüstzeug, seine Fähigkeit und den Mut zu kämpfen aus einer schweren Katastrophzeit gerettet hat, das bleibe einer späteren Beurteilung überlassen. Für die Gegenwart genügt das Bewußtsein nicht, in der Defensive gut bestanden zu haben, denn die sozialen und politischen Verhältnisse dieses Staates rufen laut nach neuer Machtergreifung der gesamten Arbeiterklasse. Zur Überwindung der Reaktion in allen ihren Gestalten, zur Begrenzung der bürgerlich-kapitalistischen Alleinherrschaft im Staate reicht die Kraft des sozialdemokratischen Vortrupps nicht aus. Jetzt müssen wieder alle heran, die die Opfer des herrschenden Ausbeuterregimes sind. Drüben steht die geschlossene Phalanx der agrarisch-kapitalistisch-merkantilen Völkerverdrängung, herüber noch immer Zweifel bei vielen tausenden Arbeitenden, wohin sie gehören. Sie wollen den Ernst der Stunde nicht begreifen und antworten mit zahllosen Ausreden auf den Ruf der Sozialdemokratie. Dem einen sind wir zu wenig national, dem anderen nicht international genug. Hier trifft uns der Vorwurf der Religionsfeindschaft, dort sind wir wieder nicht freigeistig genug; anderswo wiederum reiten Verärgerter auf vermeintlichen oder wirklichen Fehlern herum, die vor langer Zeit geschahen, und wenn weder gegen das Programm noch gegen die Taktik der Partei etwas einzuwenden ist, wird das Drückbergerium wieder mit persönlichen Vorurteilen gegen diesen oder jenen Vertrauensmann begründet. Wohin soll dieses Abseitsgehen führen? Die Arbeiterklasse wäre nicht einen halben Schritt vorwärts gekommen, wenn sie sich in den Anfängen ihrer Bewegung immer mit solchen Läuerechereien befaßt hätte. Die Partei oder die Organisation, die bis in alle Einzelheiten vollkommen ist und daher keinen Anlaß zur Kritik bietet, ist noch nicht geschaffen. Entscheidend ist das Prinzip, und wenn es als richtig erkannt wird, muß aus dem gemeinsamen Streben aller Überzeugten die beste Form der Verwirklichung hervorgehen. Solange das sozialdemokratische Programm die Richtschnur des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse war, ist sie von Erfolge zu Erfolge geschritten und das Verlassen dieses Programmes wurde mit Verlust am Verlust bezahlt. Das ist die entscheidende Wahrheit, die jede Kritik hinwegjagt und jeden Vorwurf verflucht: Alles, was das arbeitende Volk an Rechten und Errungenschaften hehrt, dankt es der Sozialdemokratie, die Stärke dieser Partei ist die Stärke des Proletariats, ihre Siege, ihre Niederlagen waren die Siege und die Niederlagen der gesamten Arbeiterklasse.

Und darum entscheidet der Wahlausgang am kommenden Sonntag nicht allein über bürgerliche oder sozialdemokratische Mandatszahlen in den Gemeinden, sondern über Aufstieg oder Stillstand der proletarischen Beweegung. Fortdauer der politischen Zerrüttung oder Beginn der proletarischen Einigung — das ist die Frage, die an jeden Arbeiterwähler herantritt. Die Wahl ist gestellt, ob er mitschuldig werden will an weiteren Triumpfen des Kapitalismus oder mithelfen will an dem neuen Aufstieg der schaffenden Menschheit.

Die Entscheidung zwischen beiden Möglichkeiten drängt sich abenteuerlich auf, denn die Arbeiterklasse kann selbstverschuldete Ohnmacht nicht länger ertragen. Und besonders die judendeutschen Arbeiter, deren Kraft von der Geographie in zahllose Kleinstädte und Dör-

schaften gespalten ist und die von ihren tschechischen Kampfesbrüdern vorläufig noch durch Sprache und Geschichte getrennt sind, dürfen sich bei Strafe völliger Verelendung und Stenung den Luxus der Selbsterfleischung fortan nicht mehr gestatten. Die Frau darf ihrem Manne nicht in den Rücken fallen, weil es am Wahltag nicht um Jenheitsfragen geht, sondern um das tägliche Brot und Obdach. Die Töchter dürfen nicht zerstreuen helfen, was die Väter aufgebaut haben, weil heute nicht einmal mehr jugendliche Verblendung dieses Verbrechens einschulden kann. Die Arbeiterfamilie muß in sich selbst die Spaltung überwinden, wenn die Arbeiterklasse wieder eine sozialistische Familie, eine feste Kampfes- und Schicksalsgemeinschaft werden soll.

Politisches Iron und Strouchneln arbeitender Menschen war verständlich, als die

Sowjetarmeen vor den Toren Warschaws standen und als Hüter der Beherrscher Deutschlands zu werden versprach. Die Zeiten putzistischer Abenteuer sind vorbei. Heute ist für romantische Hoffnungen kein Platz mehr. Die kommunistischen und hakenkreuzlerischen Konkurrenz der Sozialdemokratie haben abgewirtschaftet. Nicht zwischen rechts und links kann mehr ein Trennungsschritt in der Arbeiterbewegung gezogen werden, er ist dafür um so leichter zu ziehen zwischen Aufbauern und Zerstörern. Die Sozialdemokratie ist die Partei des Aufbaues der politischen und organisatorischen Einheit der Arbeiterklasse. Stärkung der Sozialdemokratie am Wahltag und im politischen Vertag bedeutet eine Wende des proletarischen Schicksals aus tiefster Not zu neuem Gassen, Wagen und Gewinnen.

Wir und sie.

Soziale Aufgaben der Gemeinden.

Der schwerste Vorwurf, den unsere Gegner immer gegen uns erheben, ist der, daß wir Sozialdemokraten eine „destruktive“ Partei seien, daß unser Tun sei Zerstörung, Vernichtung. Gerade die Wahlen in die Gemeindevertretungen bieten wieder einmal Möglichkeit, festzustellen, wie konstruktiv, wie „aufbauend“ die Herren Bürgerlichen bisher geschaffte und gewirkt haben.

Sechs Jahrzehnte herin — vom Jahre 1864 bis zum Jahre 1920 — haben die „Bürgerlichen“ ihre „aufbauende“, „konstruktive“ Tätigkeit entfalten können und sie haben diese ihre gerühmte Arbeit so vollkommen geleistet, daß, als die Sozialdemokraten im Jahre 1920 zum ersten Male in die Vertretungen einzogen, sie fast durchwegs die Gemeinden bankrott vorfanden, die Wirtschaft der Gemeinden zusammengebrochen, überall Trümmer, Zerstörung, Chaos. Die Herren Patrioten hatten Kriegsanleihen geschneidert, denn sie hatten verneint, ein „glänzendes Geschäft“ zu machen.

Aber ganz abgesehen von diesem patriotischen Opfer zur Verlängerung des Krieges, ganz abgesehen auch von der „Kriegswirtschaft“ in den Gemeinden: was haben die Bourgeoisparteien während der normalen Friedenszeiten bis zum Jahre 1914 geleistet? Was haben sie getan für die Orsarmen, für die Siechen, für die Kinder — kurz: wie sah die Fürsorge in den Gemeinden noch kurz vor dem Kriege aus? Waren die Besitzklassen je wirklich bemüht, dem Elende in den Gemeinden und den Bezirken zu steuern?

Soziale Fürsorge war, als im Jahre 1920 unsere Partei zum ersten Male tatsächlich Einfluß erlangte, fast überall Neuland, und die sozialdemokratischen Vertreter haben sich vor schwerste Aufgaben gestellt. Und die rastlose, nie ermüdende Aufbauarbeit wurde im Jahre 1923 in den allermeisten Gemeinden entweder ganz unterbrochen oder doch schwer gehemmt; denn im Jahre 1923 zogen vielfach die „Ordnungsparteien“, die Bürgerlichen, in die Vertretungen ein und begannen „zu sparen“ und zu „konstruieren“, das heißt, sie drockelten die Voranschläge nach allen Regeln der Kunst.

Jetzt aber haben die Bourgeoisparteien ihr Werk beendet: sie haben das „Gemeindebudget“ gemacht, dieses Gesetz, das wie die spanische Garotte die Bürgermaschine, jede soziale Tätigkeit unmöglich machen soll. Vor allem jede soziale Arbeit! Die Bourgeoisparteien, ob sie dem deutschen Landbunde, ob sie dem christlichen Volksbunde, ob sie der Gewerkepartei angeschlossen sind, und ihre Anhängsel, die zum Scheine Opposition spielen, wie die Nationalen blauer und gelber Tönung, alle, alle sind einig in dem Hass gegen das werktätige schaffende Volk. Gerade heute ist die Frage brennend, wie die Gemeinde ihren sozialen Verpflichtungen gerecht, nur einigermaßen gerecht werden kann! Sozialminister Monsignore Dr. Sramek, ein Priester der Kirche, die nach Jesus Christus sich christlich nennt, hat die Novelle zum Gesetze über die Sozialversicherung dem Ministerrat vorgelegt. Der hochwürdigste Herr Sozialminister wird mit blutendem Herzen seinem hochwürdigsten Herrn Bruder in Christo, Prälaten Dr. Seipel gleich handeln. Er weiß ja wohl das schöne Wort Christi: „Was Ihr den Armen tut, das habt Ihr mir getan!“ Mit bluten-

dem Herzen wird Herr Dr. Sramek das Sozialversicherungsgesetz „verbessern“, weil ihm „Staatswohl“ das höchste sittliche Prinzip ist. Seinem Beispiele folgen sie in den Gemeinden. War es doch nicht selten, daß in Gemeinden an Armenunterstützung zwei Gulden monatlich allgerühmtest gewidmet worden sind. Bis die „Sozis“ diesem Skandal von „Armenversorgung“ ein Ende machten. Sehr verschieden freilich sind die „Armengaben“ heute noch. Welches sollte oder könnte das Maß sein? Die Justizverwaltung berechnet die Kosten für einen Strafiling mit 1.140 Kronen täglich. Man müßte erwarten, daß keine Gemeinde unter diesen Satz gehen werde. Aber die Tatsachen reden eine andere Sprache. Grauenhaft ist das Los der Siechen der unheilbar Kranken. Das Spital nimmt sie entweder gar nicht oder nur auf sehr knapp bemessene Zeit auf. Wo aber sind Siechenhäuser? Wenn Armenhäuser da sind, so sponnen sie in ihrer Einrichtung noch heute vielfach jeder Beschreibung. Wo aber eine Besserung der unagbar traurigen Verhältnisse angebahnt wurde, dort ist dies den „destruktiven“ Sozialdemokraten

Vor allem jedoch bedarf die Jugend des besonderen Schutzes. Noch heute ist die Tuberkulose der fürchterlichste, grausamste Feind der Kinder. Es gibt keine angeborene Tuberkulose, Tuberkulose ist immer erworben. 96 Prozent, in Worten: sechsundneunzig Prozent aller Kinder, die im ersten Lebensjahre sterben, gehen an Tuberkulose zu Grunde. Welcher menschliche Verlust! Aber die Christen, die guten Deutschen oder Tschechen, die deutschen Bauern und die deutschen Gewerbetreibenden sind ungerührt. Nur keine Ausgaben für ein Wädherrinnen- und Säuglingsheim, keine Krone für Kinderkrippen oder Kinderhort, möglichst wenig für einen Kindergarten, schon gar nichts für Spielplätze, Freibäder! „Frische Luft“ haben „unsere“ Kinder ohnehin genug! Die können in den Ferien Klauholz und Keißig holen, können Biße und Beeren sammeln, da verdrängen sie sich noch ein paar Heller, die ihnen dann die Forstverwaltung abknöpft, weil sie einen Erlaubnischein brauchen. Und in der Landwirtschaft können die Kinder auch helfen beim Heuen, beim Ernten des Getreides und der Hackfrüchte, beim Hüten der Rinder, in der Scheune, im Stalle — o, da gemehen „unsere Kinder“ frische Luft genug. Da sind Ferienkolonien, Wanderungen wirklich überflüssig! Und haben können sie im Fabriksgraben, wo die Abwässer sich sammeln oder im Dorfteich, Schweine und Gänse sind eine liebe Spielgesellschaft!

Von 100 Kindern, die bis zu vierzehn Jahren sterben, erliegen 95 Prozent — fünf und neunzig — der Tuberkulose. Die Brutstätte dieser mörderischen aller Kinderkrankheiten sind die Wohnungen. Als ob man die lichtlosen, stickigen Löcher, wo Menschen haufen müssen, Wohnungen nennen könnte! Schrecklicher als je droht die Wohnungsnote. Der Mieter schuß fällt, um das Siebensache werden die „Wohnungen“ teurer sein. Katastrophen müssen sich zwangsläufig ereignen, Katastrophen, von deren Beschaffenheit, Umfang und Wirkung sich niemand ein Bild machen kann. Die staatliche Bauaufsicht verweigert, die Gemeinden und Bezirke haben vielfach selbst von

Frauen! Wählerinnen!

Frauen wacht auf!

Wählen heißt: Kampf ums Recht!
 Wählen heißt: Kampf ums Brot!
 Wählen heißt: Herr oder Anecht!
 Wählen heißt: Sein oder Tod!

Minna Lubig.

den vürftigen Möglichkeiten keinen Gebrauch gemacht. Die deutschen Soldaten von den Regierungsparteien endwilligen zum Zwecke der Verteidigung des Staates nicht nur anderthalb Milliarden, sie gewähren dem Minister für nationale Verteidigung noch überdies auf mehr als ein Jahrzehnt hinaus jährlich 351 Millionen Kronen. Weil dem römischen Patriotismus dieser einst schwarzen Patrioten! Wann werden sich die Herren dazu aufraffen, dem Sozialministerium oder dem Schulministerium gleiche Summen zur Verfügung zu stellen, die Parteien, die mit einer Freigebigkeit, die an Verschwendung streift, ungezählte Millionen, aus dem Schwitz und dem Blut der Millionen erpreßt, herausgeschunden, leidenschaftlich dem Militarismus, der unerträglichen Hier der Großagrarien, des Großbankentums „opfern“, dieselben Parteien haben in den Gemeindefestungen die Stürze, jeden Heller zu verweigern, der für Mutter- und Säuglingspflege unbedingt nötig gebraucht wird. Lieber mögen Kinder der proletarischen Schichten und jener Stände, die proletarisiert werden, Inhaber und Besitzer von Zwerglandwirtschaften und Zwergunternehmungen, zu Tausenden dahingerafft werden.

Die Bekämpfung der Wohnungsnot ist aber noch aus einem anderen Grunde mit aller Kraft und Leidenschaft zu führen. Die Folgen des Krieges werden sich an den Menschen erst im zweiten und dritten Geschlecht zeigen — zu den Folgen des Krieges gehören die Geschlechtskrankheiten, die sich immer mehr ausbreiten. Wie bei der Tuberkulose kann man auch bei den Geschlechtskrankheiten nur in verschwindend seltenen Ausnahmen davon reden, daß sie angeboren sind, sie sind erworben. Auf dem Wege der direkten Ansteckung müssen sie in Ghettoswohnungen, wo Menschen zusammengepfercht leben müssen, ausgebreitet werden und ihre verheerenden Wirkungen tun. Nach dieser Richtung haben die Gemeinden bisher fast völlig versagt, umso dringender erscheint es, anlässlich dieser Wahlen auf die Möglichkeiten zu verweisen, die der Ausbreitung der entsetzlichen Krankheiten entgegenwirken und die in der Bekämpfung der Wohnungsnot begründet sind.

Mögen unsere Gegner sich vereinen in den Schrei, daß wir Sozialdemokraten „destruktive“, zerstörende Politik machen. Die Tüchtigkeit unserer Gegner in den Gemeinden und Bezirken während der letzten Jahre aber ist den kenden Wählern Beweis genug, wie sie den Anwurf des Bürgerums wertlos und deutlos werden. Daß wir der Bourgeoisie „destruktiv“ scheinen, ist die Rechtfertigung unserer Arbeit, unserer Leistungen. In einem Worte können wir unsere Aufgabe zusammenfassen — unsere Arbeit ist und bleibt Menschenrettungswerk!

Am Sonntag wählt Ihr Euer Vertreter in die Gemeinde. Der Wahlkampf ist. Ob Ihr Euch für Politik interessiert, ob Ihr politisch und geistig als Staatsbürger reif seid; oder ob Ihr von Politik nichts wissen wollt und zu den politisch Indifferenten gehört — gleichviel:

am Wahltag sollt, dürft und könnt Ihr nicht indifferent sein;

Am Wahltag müßt Ihr wählen!
 Welche Partei werdet Ihr wählen?

Bei diesen Gemeindevahlen handelt es sich nicht nur um lokale Interessen, nicht nur um ein paar Mandate in die Gemeindefestung.

Diese Wahlen sollen das Verdammungsurteil sein, das die Bevölkerung über die volksfeindliche Politik der deutschen Regierungsparteien in diesem Staate spricht.

Frauen! Wählerinnen!

Wählt Ihr bürgerlich, dann seid Ihr ebenso wie die Regierungsparteien für die Verwaltungsreform, welche die Gemeinden zum Abbau der sozialen Fürsorge zwingt.

Wählt Ihr bürgerlich, dann seid Ihr so wie die deutschen Regierungsparteien Gegner der Sozialversicherung, dann seid auch Ihr für den Abbau des Mutterschutzes und der Säuglingsfürsorge.

Wählt Ihr bürgerlich, dann seid Ihr so wie die deutschbürgerlichen Abkömmlinge für den Aufstellungsfonds, für neue Militärlasten, für ein tolles Weirüsten, das zum Krieg: führen muß.

Fromme Katholiken gegen die Merikale Partei!

Ein Brief oppositioneller Merikaler an den Erzbischof. — Von den Geistlichen wird gefordert, daß sie sich mehr der Seelsorge als der Politik widmen.

Die oppositionellen Organisationen der tschechisch-merikalen Partei in Prag haben dem Prager Erzbischof Kardas eine Kundgebung überreicht, in der sie sich für die Demokratisierung der Partei und die Reinigung der Partei von den politisierenden Geistlichen aussprechen. Die Zuschrift lautet:

„Gruß Gott! 11. Oktober 1927.
 Dem Hochwürdigsten Herrn
 Monsignore Th. Dr. Franz Kardas
 Erzbischof,

Prag IV.,
 Erzbischöfliches Palais.

Mit der Forderung der Demokratisierung des Organisationsstatutes der tschechisch-merikalen Partei in Böhmen haben wir deren Erneuerung verlangt, aber der Umstand, daß man auf dem Landeskongreß der Partei, der am 28. September 1927 in Prag abgehalten wurde, über diese unsere grundsätzliche Forderung überhaupt nicht verhandelt hat, wirkt auf die Führung der Partei den Schatten der Ueberzeugung der breiten Öffentlichkeit, daß die geistliche Führung der tschechisch-merikalen Partei, deren Demokratisierung in diesem Sinne nicht wünscht, und daß ein positives Ergebnis nicht erzielt wird, solange nicht die Politisierung der Partei durchgeführt wird, welche gleichzeitig die Garantie einer tatsächlichen Vertiefung unseres religiösen Lebens bedeuten würde.

Gute und eifrige Katholiken fühlen, daß es in der Zeit einer mangelnden Seelsorge schädlich ist, die Geistlichen zum Politisieren und zur Organisationsarbeit zu verhalten

Wollt Ihr Frauen den Frieden und eine ruhige, ungehinderte Entwicklung Eurer jungen Töchter, wollt Ihr das Glück und das Gedeihen Eurer Kinder gewährleisten, so

wählt sozialdemokratisch!

Ihr müßt Euch entscheiden für Wohnungswucher oder für Wohnkultur; für Teuerung, Hunger und Armut oder für Volksgesundheit, soziale Fürsorge und den Aufstieg unseres Volksganges.

Der Abbau des Mieterschutzes steht vor der Tür, wenn Ihr nicht laut und vernehmlich dagegen protestiert.

Eure Zustimmung sei der lauteste Protest gegen alle Anschläge auf Euer Heim.

Der siebenfache Wohnungszins, das freie Kündigungsgeld der Hausbesitzer würde nicht nur das Proletariat tief treffen, sondern auch den Mittelstand schwer heimsuchen.

Werden Euch die bürgerlichen Parteien schmecken?

Sie werden den Abbau des Mieterschutzes zulassen, wie sie bisher mitgearbeitet haben an der Verschlechterung aller sozialen Errungenschaften.

Wer die Parteien der Dunkelkammer aller Schattierungen wählt, begeht sozialen Verrat, vergeht sich an seinen Kindern und an seiner Zukunft.

Darum wählet sozialdemokratisch!

und sie tragen es schwer, daß die zentrale Führung der tschechisch-merikalen Partei durch ihre politische und organisatorische Taktik das religiöse Leben untergräbt. Es ist wohl wahr, daß die kirchlichen Kreise die Anzahl der geistlichen Kandidaturen auf das notwendige Maß beschränkt haben, aber sie haben das unzulässige Politisieren der Geistlichen in den Organisationen nicht verhindert. Mancher Geistliche, der von der Organisationsarbeit verlost ist, ist von der Hoffnung auf eine politische Karriere erfüllt, und so kommt es zu der traurigen Erscheinung, daß

viele von ihnen es in die politische Organisation näher haben als in die Kirche.

Ein solcher Geistlicher vergißt, daß die katholische Kirche eine allgemeine Kirche ist und daß die politische Partei nur der Befürworter eines bestimmten politischen Programms gehört. Die Jagd der Geistlichen nach Mandaten und ihr Arbeiten in der politischen Organisation entfremdet sie dem Altar und der Kanzel und infolgedessen zeigt sich der Niedergang des religiösen Lebens.

Das Zentralkomitee der unabhängigen Organisation der tschechisch-merikalen Partei in Böhmen wendet sich an ein hochwürdigstes Episkopat und an die gesamte katholische Öffentlichkeit ohne Unterschied ihrer Zugehörigkeit zu politischen Parteien mit der ergebensten Bitte, die Forderung nach einer Wiedergeburt des Katholizismus bei uns durch die entsprechende Ermahnung an die Geistlichen zu unterstützen,

sie mögen alle ihre Kräfte vor allem der Arbeit auf dem Weinberge des Herrn widmen.

Der Geistliche, der ein eifriger Agitator einer politischen Partei als Seelenhirt ist, verheißt es nicht, auf das politische Programm nicht einmal auf der Kanzel zu bergehen, wodurch die Gläubigen abgestoßen werden. Der Vergleich mit anderen Parteien ist nicht sehr günstig. Aber beachtenswert ist, daß zum Beispiel der Staatsbeamte für die Dauer der Ausübung der parlamentarischen Funktion von der Erfüllung der Dienstpflichten eines Staatsbeamten befreit ist, während den Geistlichen „Jemand von seiner Verpflichtung, Ne er mit seiner Weihe übernommen hat, befreien kann. Um so weniger können die seelsorgerischen Pflichten des Geistlichen durch politische, überwiegend wirtschaftlich-eigennützige Interessen in den Hintergrund gedrängt werden. Das Zentralkomitee der unabhängigen Organisationen der tschechisch-merikalen Partei in Böhmen hat die Vertiefung des religiösen Lebens im Geiste des Katholizismus im Auge und bittet daher ein hochwürdigstes Episkopat, es möge von den kirchlichen Ämtern die Evidenz jener Geistlichen verlangen, die in politischen Organisationen agieren. Das Bild, welches sich den kompetenten Kreisen dann zeigen wird, wird sie sicher dazu führen, daß nach einer Einschränkung der geistlichen Kandidaturen auch ihre Tätigkeit in den politischen Organisationen eingeschränkt werden wird. Nur eine entpolitisierte Geistlichkeit kann die Garantie für den Sieg der katholischen Sache.

Die unabhängigen Organisationen der tschechisch-merikalen Partei in Böhmen würden es mit Bedauern sehen, wenn die beklagenswerten Verhältnisse es in unserem religiösen Leben durch die politische und organisatorische Taktik der tschechisch-merikalen Partei die Frage der Entziehung des passiven Wahlrechtes für die Geistlichen als den Soldaten der allgemeinen Kirche Christus hervorgerufen würden.

Das Zentralkomitee der unabhängigen Organisationen der tschechisch-merikalen Partei in Böhmen hofft, daß seine guten Absichten von einem hochwürdigsten Episkopat begriffen werden, denn es ist von dem Grundsatz geführt, welcher über allen Programmen politischer Parteien steht und der verkörpert ist in dem Grundsatz „Restaurare omnia in Christo!“ (Alles in Christo erneuern!“

Das Zentralkomitee der unabhängigen Organisationen der tschechisch-merikalen Partei.

Das vorstehende Schreiben katholischer Organisationen ist ein Dokument dafür, wie wirklich fromme Christen über die politische Tätigkeit der Geistlichen denken. Die Erkenntnis wächst auch in katholischen Kreisen, daß die politisierenden Geistlichen ein Schaden für die Seelsorge sind. Die Merikalen identifizieren oft die Merikale Partei mit dem Christentum, hier aber sagen es ihnen religiöse Christen, daß das Christentum nicht allein eine Sache der Merikalen Partei ist. Dasselbe, was hier von der tschechisch-merikalen Partei gesagt wird, gilt naturgemäß auch von den deutschen Christlichsozialen. Auch hier gibt es viele Geistliche — es werden wohl die meisten Geistlichen sein — die mehr an die Arbeit in der christlichsozialen Partei als an ihr Seelsorgeamt denken. Interessant ist auch der Hinweis in dem Brief, daß die Geistlichen von der Kanzel herab politische Agitation treiben, wogegen schon die Sozialdemokratie im alten Oesterreich aufgetreten ist, und was auch heute schärfstens zu verurteilen ist.

Die Attentäter.

4
 Novelle von Otto Bernhard Wendler.

Er sprang sich hoch und stieß ihn mit dem Fuß fort. In den ersten Sekunden sagte er, daß er müde sei und sich hinlegen wolle. Wieder in der Scheune liegen, geküßt in Dunkelheit als dies arme-Heute-Dasein mimachen, sie wohl noch um die bunten, farbigen Federbetten beneiden und ehe er einschiel, dachte er noch einmal an das schöne junge Weib vom Vormittag, die sich ihm geschenkt, ihm, dem Gott in Lumpen. Am anderen Morgen vor dem Dorf stiegen sie wieder auf den Uebüsch. Der war sehr kurz. Er hatte schlecht geschlafen. Den neuen Anzug des Sommer mühierte er mit kritischen Blicken, jagte vorerst aber nichts. Der Weg ging durch Wald. Die zerfahrene Landstraße war nur schmal. So wroteten sie hintereinander. Nur ab und zu fiel ein Wort. Beddig fing immer wieder an, von dem Bauerhof zu reden. Ihn hatte es gut gefallen.

„Wenn man nur irgendwas Arbeit fände, ich bliebe hängen, ganz gewiß. Ich habe das verfluchte Leben auf der Landstraße satt. Bloß es ist, als ob man die Arbeit aus Deutschland geholt hätte. Es war doch eine andere Zeit damals in der Fabrik. Man hatte nicht viel, aber man hatte etwas. Man konnte Sonntags zum Tanz gehen und zum Essen hatte man auch. Da machte der Unternehmer die Bude zu! Es gab keine Aufträge mehr. Tums, Bude zu!“ Und stampeln gehen, dazu wäre ihm doch die Luft vergangen. Nein, da hatte er sich doch lieber auf die Walze gemacht. Man sah etwas von der Welt, aber eigentlich war es doch immer dasselbe. Ja, es war immer dasselbe. Bei diesen Worten lachte der alte Uebüsch spöttisch auf. „Ein Kunde, ein richtiger Kunde bist du nicht, Beddig!“ Der Wald lüchelte sich und nicht weit vor ihnen lag wieder ein Dorf.

„Verfluchtes Leben“, werrerte Beddig, „nun geht das Mühenzichen und Dalsen wieder los geht das Mühenzichen und Dalsen wieder los, schneller an der Schwindsucht gestorben. Und ich sage euch: Lange mache ich das nicht mehr mit. Es ist mir egal. So oder So.“

Er schrie es fast. Aber dann war er doch wieder dabei, als sie das Dorf ansteuerten und Uebüsch den neuen Treffpunkt angab.

„Zeh! zu, daß ihr was rauspreßt, denn im Paradies geht was drauf, heute Nacht!“

Da war wieder das Paradies, das geheimnisvolle Paradies.

Und überall machte der Sommer sein verweiltes Gesicht, schwenkte ganz. Denn die Wärme, in seinen Ohren lag das Wort „Paradies“. Von der Schulzeit und von Bildern her wußte sein Kopf von Eva etwas, von der nackten Frau und erst gestern morgen die nackte Frau und überhaupt...

Paradies, ja das klang so nach einem anderen Leben.

Treddig dankte er für jeden Groschen. Er hatte immerhin eine Mark zu der andern sparen können, als er auf die Hochbrüder traf. Auch der Uebüsch schien zufrieden zu sein.

Er fand sehr lobende Worte für den neuen Anzug des Sommer und lachte heiser, als dieser die Geschichte von der scharfen Geliebten erzählte.

„Da wirst du aufstellen im Paradies, du!“

„Und weil die jungen wieder anrückten mit Fragen, erzählte er ihnen, daß es in der Stadt vor ihnen eine Penne gäbe, die das Paradies genannt würde, weil man dort aufstehen könnte unter seinesgleichen. Es gäbe Schnaps, sogar Wein. Man würde, bedient wie in einem Lokal, es würde getanzt, Musik sei immer und immer. Natürlich wären auch Frauen da, nicht bloß die alten Tuppelstücken der Landstraße, bei deren Anblick man einen Predreiß bekomme. Nein, junge, hübsche, die immer da wären. Und wenn

es auch Geld koste... Er allerdings, er, der Uebüsch, pfeife auf die Weiber, pfeife schon immer auf die Weiber, da sie würden ja sehen.

Und schon schritten sie auf den Vorstrafen dem Stadinnern zu. Die Fabriken hatten ihre Arbeitsherre herausgelassen, so hallten die Straßen vom Schritt. Pfiffe und Rufe überall. Die Elektrischen liefen vorüber. Neugierige und gleichgültige Wäde trafen das sonderbare Aleeblatt. Neugierig waren die kleinen Fabrikmädchen, die Tuchmotten, die dem Sommer in die brennenden Augen sahen. Denn er wurde bei jedem Schritt sicherer und freier. Stadt war um ihn. Betrieb war um ihn. Menschen, die wußten, was Musik heißt. Landschaft war etwas für Tränmer und Phantasten. Dorf war Gestank aus Aufhängen, Gequische dicker Mäde, Fluch des Bauern und Lächeln blöder Kinder. Aber Stadt war Leben, fast, ging ins Blut über und war Angelegenheit der Nerven.

„In diesen Häusern hat es keinen Zweck, zu dalsen“, bemerkte der Uebüsch, „denn Kunden, die leergebrannt das Paradies verlassen, versuchen hier immer erst ihr Glück. Auch die Politente ist scharf und die Männer sind nun auch zu Hause.“

„Bloß wird im Paradies noch nichts los sein.“

„Nimmer, es liegt etwas abseits. Wir müssen erst durch die ganze Stadt und der Bürger ahnt in dem unscheinbaren Hause nichts besonderes. Die Polizei drückt ein Auge zu, denn hier macht sie die besten Fänge. Wer etwas auf dem Kerbholz hat, soll das Paradies nicht aufsuchen.“

In den Hauptstraßen flanierte die Jugend. Zwei Reihen schoben aneinander vorbei und grüßten sich. In einer Stelle bog die Reihe immer auf den Fahrradmann aus. Wenn sie auf die drei Landstreicher traf, die sich eingereicht hatten. Lohner mit vertüffeltem Mund.

„So bin ich früher auch Abend für Abend

umhergegangen. Die Mädchen hatten ein Auge auf mich“, flüsterte er Beddig zu. „Das gilt nicht mehr. Ich mußte als Junge jeden Tag Pferdeweist aufsameln.“

Und dann kamen wieder Vorstrafen. Dann Feld. Abseits vom Wege standen an den Berg geleht drei alte verfallene Buden. Auf der Tür der letzten und schäbigsten, deren Fenster dunkel und tot waren, schritt der Uebüsch mit den beiden Jungen zu.

Er klopfte an der verschlossenen Tür. Nach geraumer Zeit meldete sich eine tiefe Stimme.

„So, der Uebüsch?“

„Allein?“

Nein, zwei wären noch bei ihm.

Und dann wurde aufgeschlossen und sie standen einem unwahrscheinlich bösen Menschen, der sogleich dem Uebüsch herzlich die Hand schüttelte, gegenüber. Uebüsch nannte ihn Fris.

Der Raum, in den sie dann traten, war nur notdürftig erhellt und sah aus wie der Gastraum eines gewöhnlichen Dorflotals. Ein paar Kunden sahen auf den Bänken herum und tranken aus ungewöhnlich großen Gläsern Korn. Es waren alte, verbrauchte Menschen, die kaum noch den Eintretenden hinsahen. In einer Ecke handelten drei sehr erregt, scheinbar um eine Hofe. Uebüsch gab den beiden einen Wink, sich zu setzen.

Natürlich für alle einen Korn. Es wäre ja noch so fauwählig kalt.

„Selbstverständlich noch einen. Und dabei zwinkerte er dem Sommer und dem Beddig zu.“

„Er läßt nicht alle und jeden nach hinten. Ihr müßt zeigen, daß ihr Geld habt.“

Da kimperten sie umständlich beim Bezahlen. Als Fris ihnen den dritten Korn einschente, bemerkte er umständlich gnädig, daß sie es gemüthlicher haben könnten, sie sollten nur nach hinten gehen. Der Uebüsch wisse ja Bescheid. (Fortsetzung folgt.)

Kommunale Wohnungsfürsorge.

Von MUDr. Ernst Lieben.

Die Bekämpfung des Wohnungselendes, die Verringerung der Wohnungsnot ist die wichtigste Aufgabe der sozialen Fürsorge. Alle soziale Fürsorgetätigkeit, die Bekämpfung der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten, der Kampf gegen die Malaria und die tödlichen Sommerdiarrhöen der Säuglinge ist Hygienearbeit, wenn es nicht gelingt, die Wohnungsverhältnisse des Proletariates zu verbessern.

Von dieser Erkenntnis geleitet, haben unsere Genossen, seitdem sie nach dem Kriege in den Gemeindefürsorge-Einfluss gelangten, der Wohnungsfrage volle Aufmerksamkeit gewidmet. In vielen Orten waren die Gemeinden fast allein die Träger dieses wichtigen Zweiges der öffentlichen Fürsorgetätigkeit. Allerdings scheiterte in den ersten Jahren nach dem Kriege das Bestreben, den Wohnungsmangel zu beheben, an der großen Geldknappheit. Trotz Bestandes eines brauchbaren Vermögensvermögens verhielt sich ein Großteil der Geldinstitute, welche für die Gewährung der Hypotheken in Betracht kamen, bei Bekämpfung der Wohnungsnot passiv und ablehnend.

Ein weiterer Uebelstand war es, daß viele Gemeinden keinen Besitz an Grund und Boden hatten, daß für die kommunalen Wohnungsbauten teurer Grund angekauft werden mußte. Die früheren bürgerlichen Gemeindevertretungen hatten es zumeist unterlassen, Grund zu erwerben; sie hatten es unterlassen, weil sie kein Interesse daran hatten, die Bodenspekulation zu bekämpfen; mancher bürgerliche Gemeindevertreter fand es für vorzuziehender, selbst für sich Boden zu erwerben, um an der Bodenspekulation teilzunehmen und sich auf Kosten der Allgemeinheit zu bereichern.

Als es schließlich nach Überwindung all dieser großen Widerstände gelungen war, in den verschiedenen Städten und Gemeinden einige kommunale Wohnbauten aufzuführen, wurde jede weitere Tätigkeit auf diesem Gebiete gehemmt durch die Einschränkung und fast vollständige Einstellung der staatlichen Bauförderung.

Die Gemeindevahlen im September 1923 und die Wahlen zur Nationalversammlung im November 1925 schwächten den Einfluß der Arbeiter in diesem Staate in solcher Weise, daß sich dieser Umstand auch auf dem Gebiete der Wohnungsgeschäftsbildung und der staatlichen Bauförderung geltend machen mußte. Alle diese Umstände muß man in Betracht ziehen, wenn man sich über die Leistungen der Gemeinden auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge Rechenschaft geben will. Aber trotz aller Schwierigkeiten ist es in den Gemeinden mit sozialdemokratischer Mehrheit und in den Gemeinden, in welchen die sozialdemokratischen Vertreter eine einflussreiche Minderheit bilden, gelungen, auch auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge Beachtenswertes zu leisten.

Zu diesen Gemeinden gehört auch die Industriestadt Turn bei Teplitz, an deren Spitze in der Periode 1919 bis 1923 Genosse Pavel als Bürgermeister stand. In der zweiten Periode 1923 bis 1927 gehörten der Stadtvertretung von 36 Mitgliedern elf Genossen der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei an. Ihrer zielbewußten Arbeit ist es vor allem zu danken, daß die in der ersten Periode begonnene kommunale Bauaktivität weitergeführt wurde. Nach unglücklichen Schwierigkeiten war es der sozialdemokratischen Mehrheit mit dem Genossen Pavel an der Spitze gelungen, alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen, so daß im Herbst 1923 mit dem Neubau von drei Gemeindevohnhäusern begonnen werden konnte. Der Bauaufwand für diese drei Wohnhäuser, in welchen zwölf Wohnungen mit je zwei Zimmern und Küche, je zehn Wohnflächen mit je einem Zimmer und Küche und vier Wohnflächen errichtet wurden, betrug rund 1.287.000 Kronen. Die Häuser wurden mit staatlicher Beihilfe nach dem Gesetze vom 25. Jänner 1923, Z. 35, erbaut.

Dank der verhältnismäßig hohen Bauaufwendung von 70 Prozent konnte die Gemeinde, da sie ja an den Bauten nichts verdienen wollte, auch nicht allzuhohe Zinsen vorschreiben; für die Zweizimmerwohnung mit einer bewohnbaren Fläche von 60 bis 65 Quadratmetern wurde je nach der Lage ein Monatszins von 160 bis 200 Kronen vorgeschrieben, für die verschiedenen Einzimmerwohnungen 96 bis 125 Kronen.

Vom Standpunkte einer Wohnungskultur bedeuteten diese Wohnbauten für Turn einen großen Fortschritt. Jede Wohnung war für sich abgeschlossen, mit eigenem Bad und Klosett, mit Gas und elektrischer Beleuchtung und allem Zubehör versehen. Selbst die vier Wohnflächen, welche mit ihren 19, 22,5 und 28 Quadratmetern Wohnfläche absolut nicht der Forderung des Wohnungsminimums entsprechen, bedeuteten für die Mieter eine bedeutende Verbesserung ihrer bisher traurigen Wohnverhältnisse. In jeder Wohnfläche, für welche 58 bis 62 Kronen Monatsmiete gezahlt werden, gehört ein eigenes Wasserloket.

Eines ist zu bedauern, daß die Gemeinde nicht mehr solche Häuser gebaut hat. Wohl wäre es möglich gewesen, noch ein solches vieres Haus mit Staatsbeihilfe zu bauen; ein entsprechender Antrag unserer Genossen war auch angenommen worden. Aber inzwischen war die erste Periode abgelaufen; die Bürgerlichen hatten bei den Septemberwahlen gesiegt; sie stellten den Bürgermeister. In ihrer Kurzsichtigkeit und in der Verachtung von Hausbesitzinteressen sabotierten sie den Bau des vierten Hauses.

Die Gemeinde kam nicht mehr in die Lage, ein Wohnhaus mit Staatsbeihilfe zu bauen. Die Wahlen 1925 brachten eine weitere Stärkung

der Reaktion, die Bauförderung wurde eingeschränkt. Aber die Wohnungsnot wurde immer drückender; die private Bautätigkeit ruhte fast vollständig. Stadtrat und Stadtvertretung konnten sich den Anträgen unserer Genossen nicht entgegenstellen und nützten sich zum weiteren Bau neuer städtischer Häuser entschließen. Im Voranschlag für 1927 wurden im außerordentlichen Voranschlag 1.350.000 Kronen für Wohnungsbauten samt Grundankauf eingestell.

Anfang Oktober d. J. sind wiederum drei Häuser mit 24 Wohnungen von einem Zimmer und Küche und 12 Wohnungen von zwei Zimmern und Küche fertiggestellt und von Mietern bezogen. Der Voranschlag wurde mit 200.000 Kronen überschritten. Vom Standpunkte der Wohnungskultur bedeuten auch diese Bauten einen Fortschritt; aber die Wohnungen haben einen Fehler, sie sind so teuer, daß nur die wenigsten Arbeiter in der Lage sind, den Mietzins zu erschwingen; da die Häuser mit teurem fremdem Gelde ohne jede Staatsbeihilfe erbaut sind, wurden die Mieten für die Zweizimmerwohnung mit allem Zubehör mit 350 Kronen

für die Zweizimmerwohnung mit 210 Kronen pro Monat festgesetzt. Unter diesen Umständen sind viele Arbeiter, welche bei niedrigen Löhnen unter der Forderung leiden, gezwungen, weiter in Kellerwohnungen, Dachzimmern oder mit anderen Familien zusammengepfercht zu wohnen, und fallen immer wieder der Unterelende zum Beute.

Solange die Wähler, die Mieter nicht ihre Macht gebrauchen und die öffentliche Verwaltung zwingen, im Interesse der Mieter ihre Pflicht zu tun, solange wird es nicht besser werden. Erst müssen die Mieter einsehen, daß die privatkapitalistische Wirtschaft außerstande ist, die Wohnungsnot zu beseitigen; erst müssen sie einsehen, daß die privaten Baukapitalisten außerstande sind, dem Arbeiter zu einer menschenwürdigen Wohnung zu verhelfen.

Solange die jetzige Bürgerregierung an der Macht bleibt, ist keine Aussicht vorhanden, daß eine ausgiebige Bauförderung durch den Staat den Gemeinden den Bau von hygienisch einwandfreien Wohnungen ermöglicht. Die Gemeinden allein haben nicht die Mittel, um dieser Aufgabe gerecht zu werden. Die Wähler haben es in der Hand, durch den Stimmzettel eine Aenderung der reaktionären Wohnungspolitik in diesem Staate herbeizuführen!

O welche Lust, Soldat zu sein!



Statt vierzehn, achtzehn Monate! Und ich darf Ihnen nicht einmal mit dem Stimmzettel darauf antworten!

Fürs Vaterland die gesunden Glieder — vom Vaterland ein Almosen.

Im Hause des Brandstifters soll man nicht von Brandreden sprechen!

Die christlichsoziale Bürgermeisterin als Brandstifterin und was die „Deutsche Presse“ statt dieser interessanten Geschichte berichtet!

Das Hauptorgan der deutschen Christlichsozialen, die „Deutsche Presse“, brachte am Donnerstag einen meterlangen Artikel über die „rote Gemeindegewirtschaft“. In der imperativen und verlogenen Weise, die eine christlichsoziale Spezialität ist, wagt es das Pflasterblatt, die „rote Gemeindegewirtschaft“ also zu charakterisieren:

Bei der roten Gemeindegewirtschaft handelt es sich nicht um Einzelfälle von Amtsmissbrauch, Korruption, Vetterwirtschaft, Ausbeutung des Gemeindefiskus, Passagelisten, Niedertrüppelung anderspolitischer Gesinnung — nein, es ist die Wirkung des sozialistischen Herrschaftssystems. Den Beweis hierfür liefert jede Kommune, wo es der Sozialdemokratie gelungen, ihr rotes Regime aufzurichten, die rote Parteiführer zu schwingen.

Zur Unterfütterung dieser niederträchtigen pauschalen Verdächtigung bringt die „Deutsche Presse“ sodann ein paar Zitate aus christlichsozialen Blättern in der österreichischen, in denen, dank dem Pflasterblatt, das jenseits der Grenze gilt, Sozialdemokraten ungestraft verdächtigt und beschuldigt werden konnten. Mit erlogenen Tatsachengeschichten aus St. Pölten, Krems, Stein und Angern will die „Deutsche Presse“ den jüdisch-deutschen Gemeindevahlkampf bestreiten!

Aber wahrhaftig, es ist doch kein blanker Zufall, daß das christlichsoziale Zentralorgan ausgerechnet aus Niederösterreich seine Wahlhüllen holt, und als gute Christen fühlen wir geradezu Gottes Finger in dem Hinweis auf St. Pölten. In St. Pölten ist nämlich dieser Tage der Schlupfwinkel zu einer sehr interessan-

ten Kriminalgeschichte gesetzt worden, die in der niederösterreichischen Stadt Tulln sich abspielte, die Frau des dortigen christlichsozialen Bürgermeisters zur Selbin und die Sanitätswirtschaft, Korruption, Vetterwirtschaft, den Amtsmissbrauch und noch ein paar andere wertvolle Dekorationen des christlichsozialen Parteilebens zum Hintergrund hat.

Es handelt sich um folgende Kleinigkeit, die die christlichsozialen Blätter der Erwähnung gar nicht für wert finden:

Die Frau des christlichsozialen Bürgermeisters von Tulln, Paula Weiss, hochgeschätzt bei allen, auch den männlichen Kerzweibern, hat ihren unehelichen Sohn und noch einen jungen christlichsozialen Bauernsohn angeheiratet, an drei verschiedenen Tagen insgesamt achtzehn gefüllte Scheuern niederbrennen, weil die fromme Frau Bürgermeisterin für ihre Zimmer- und Sägerei Beschäftigung bei der dann notwendigen Wiederaufbauarbeit suchte. Die Geschichte klagte endlich auf und die Frau Bürgermeisterin wurde auf Grund eines einstimmigen Geschworenenerdicts zu zwölf Jahren schweren Kerkers wegen Brandstiftung, ihre Helfer zu sechs und fünf Jahren schweren Kerkers wegen Brandstiftung verurteilt.

In dem Prozeß, der in St. Pölten abgeführt wurde, kam auch zu Tage, daß die Brandstiftung, die sich im Jahre 1924 abspielte, staatsbekannt war, daß aber bisher niemand es wagte, das allmächtige Bürgermeisterspaar zu fassen. Der Herr Gendarm schlug die Untersuchung nieder, weil er

doch dem christlichsozialen Bürgermeister keine Unannehmlichkeiten bereiten wollte und weil die Geschichte zum ersten Male just aufzuklären drohte, als die Gemeindevahlen vor der Tür standen! Als es dann doch endlich zum Prozesse kam, verurteilten christlichsoziale Politiker, so der Nationalrat Fejinger, den Wang des Prozeßes zu beeinflussen und Frau Bürgermeisterin aus der Schlamassel zu befreien.

Von all dem hat die „Deutsche Presse“ trotz ihrer ausgezeichneten Verbindungen mit St. Pölten, Scheibbs und Neulengbach scheinbar nicht das Geringste gehört. Aber die Leser haben es doch durch die übrige Presse, soweit sie nicht den Christlichsozialen sogar bei Brandstiftungen die Mauer macht, erfahren, und nun unternimmt die „Deutsche Presse“ das Nadelstiche, das da denkbar ist, und erzählt zur Ablenkung erlogene Räubergeschichten und Märchen über hohe Gehälter der sozialdemokratischen Gemeindevorsteher von Sigmundsdorf und Hintershausen! Die „Deutsche Presse“ rechnet damit, daß man ja in den letzten Tagen vor der Wahl nicht ohne weiteres aus Krems und Stein die Dokumente herbeischaffen kann, die die Christlichsozialen Lügen Wort für Wort widerlegen würden. Aber diese Lügen sind so brustkrank und so jadenstark, daß kein Mensch, außer den Klerikal vollkommen Verdammten, dran glauben, geschweige denn darüber die Wahrheit über die christlichsoziale Brandstiftergeschichte vergessen wird. Es ist doch wirklich urblöd, wenn die „Deutsche Presse“ beispielsweise dem sozialdemokratischen Vizebürgermeister von Angern bei Krems „Brandreden“ vorwirft — um über die christlichsoziale Brandstiftung hinwegzukommen, die ein so starkes Licht auf christlichsoziale Moral und Gemeindepolitik wirft!

Bekanntgabe der Wahlergebnisse

Wir ersuchen die Organisationen jener Gemeinden, in denen am 16. Oktober die Wahlen stattfanden, uns sofort nach Abschluß der Wahlhandlung das Wahlergebnis unter Benützung der Telephonnummern 31469, 26795 oder 32308 bekanntzugeben. In jenen Orten, in denen telephonische Verbindung nicht zu erlangen ist, sind uns die Resultate mit dringendem Telegramm unter der Adresse „Sozialdemokratisches Sekretariat Prag, Kefajanska“ mitzuteilen. Die Mitteilungen haben zu enthalten: 1. Ort, 2. die zuständige Bezirksorganisation, 3. die Anzahl der abgegebenen Stimmen, 4. die auf unsere Partei entfallenden Stimmen, wobei gleichzeitig auch anzugeben ist die Stimmenzahl, die wir im Jahre 1923 bei der Gemeindevahl und im Jahre 1925 bei der Nationalratswahl erhalten haben, 5. die Mandate der anderen Parteien, und zwar jezt und im Jahre 1923, und zwar geordnet nach folgenden Parteien: a) tschechische Sozialdemokraten, b) Kommunisten, c) Deutschnationale, d) Deutsche Nationalsozialisten, e) Christlichsoziale, f) Bund der Landwirte, g) Gewerbetreibende, h) Sonstige.

Auskünfte über eingelaufene Wahlergebnisse werden unter den obangeführten Telephonnummern erteilt.

Zur Lohnbewegung in der Hohlglasbranche.

Teplitz-Schönan, 13. Oktober. Nach den letzten hier eingelangten Nachrichten greift die Bewegung immer weiter um sich und haben auch die Arbeiter der Firma Stölzle in Suchental und Juvall in Podbrad beschlossen, sich dem Streike anzuschließen.

Die bürgerliche Presse bringt nun eine Notiz, nach welcher die Unternehmer beabsichtigen, die Streikenden befristet zur Arbeitsaufnahme auszufordern und diejenigen, welche dieser Aufforderung nicht Folge leisten, 14-tägig zu kündigen. Ferner wird in dieser Notiz mitgeteilt, daß die Arbeitsniederlegung einen Bruch der bestehenden Verträge bedeutet.

Die Arbeitervertragsorganisationen weisen den Vorwurf eines Vertragsbruches mit aller Entschiedenheit zurück, weil die Unternehmer allein die Schuldigen an diesen Arbeitseinstellungen sind, da sie jede Verhandlung über die gestellten Forderungen brüsk ablehnten. Herr Dr. Fiedler als Syndikus des Arbeitgeberverbandes der Glasindustriellen in Teplitz hat den Arbeitervertragsorganisationen in einem Schreiben vom 7. September mitgeteilt, daß an dem jede Verhandlung über die Forderungen ablehnenden Standpunkt der Unternehmer auch nichts ändern würde, selbst wenn die Kollektivverträge durch die Arbeiterorganisationen gekündigt würden.

Dieser scharfmaderische Standpunkt hat die Erregung unter der Arbeiterschaft hervorgerufen, welche schließlich zur Arbeitsniederlegung führte, weil eben die Unternehmer auf Grund von neuerlichen Interventionen der Vertrauensmänner in den Betrieben wiederum jede Verhandlung über die Forderungen abgelehnt haben.

Die angekündigte Aussperrung wird die Situation nur noch verschärfen, wenn sie tatsächlich von den Unternehmern durchgeführt werden sollte.

Die Arbeitervertragsorganisationen sind nach wie vor zur Aufnahme von Verhandlungen über die überreichten Lohnforderungen bereit, um dadurch die Beilegung der Konflikte zu ermöglichen. Die Unternehmer laden auch weiterhin die alleinige Schuld einer Verschärfung der Situation auf sich, wenn sie von dieser Bereitwilligkeit zur Verhandlung keinen Gebrauch machen.

Ein taubstummer Schwelermörder. Ein nicht alltäglicher Fall spielte sich in dem Dorf Kuratal nächst Parany ab. Dort wohnt in recht ärmlichen Verhältnissen die Bäuerin Julie Szokol mit ihrem elfjährigen Sohn. Ein Bruder der Frau, der taubstumm war und sich als Bettler fortbrachte, fand zeitweise Unterkunft bei der Schwelmer. Der Taubstumme verfolgte seit längerer Zeit seine Schwester mit Liebesanträgen, die jedoch abgewiesen wurden. Auch dieser Tage, als die Frau allein zu Hause weilte, drängte der Taubstumme mit seiner Liebe. Die Szokol wehrte sich, worauf der Taubstumme im Zorn mit einer Keule seine Schwester erschlug. Der Mörder ergriß sodann die Flucht. Der Mord wurde durch das Kind der Szokol entdeckt, das die Mutter im Blut liegend tot vorfand. Auf Hilfe des Gendarmen waren Nachbarn und Gendarmen herbeigezogen. Die Gendarmerie entsandte sofort Streifenwagen, um eine Flucht des Mörders nach Ungarn zu vereiteln, da er in dieser Richtung seinen Weg genommen hatte.

Ein bisher unbekanntes Mozart-Porträt ist kürzlich aufgefunden und von einer Berliner Antiquaratsfirma erworben worden. Es handelt sich um ein farbiges Wachsmalerei in einem alten Rahmenlästchen, das wohl aus der letzten Lebenszeit des Künstlers stammen dürfte, da Mozart hier mit erwachsen, schon etwas kränklichen Zügen dargestellt ist.

Zeltener Fang. Im Schwetzersee in der Mark Brandenburg haben diese Tage Fischer einen Wels von 70 Pfund Gewicht im Netz gefangen. Seine Länge ist 183 Meter. Kein Name war bei der Bergung des Fanges tätig. Die Fischer machten dieses seltene Exemplar dem Berliner Aquarium zum Geschenk.

Volkswirtschaft.

Auch ein Kampf ums Dasein.

Die Regierung hat einen Gesetzentwurf über die autorisierten Zivilingenieure ausgearbeitet. Der Gesetzentwurf trägt für jedermann leicht erkennlich die jegliche staatspolitische Einstellung. Durch das zu schaffende Gesetz würden die Befugnisse der autorisierten Zivilingenieure bedeutend erweitert, die der Bauhandwerkergruppen in gleicher Weise aber beeinträchtigt. Deshalb wehren sich letztere auch gegen die Gesetzgebung des Regierungsentwurfes. Vorgesprochen beim Ministerium für öffentliche Arbeiten und Engländer bei denselben haben diesbezüglich schon stattgefunden, ebenso auch einige Protestversammlungen. Sonntag, den 9. Oktober l. J. fand in Leipzig eine neuerliche, vom deutschen Landesgewerbeverband ins Monopoltheater einberufene Demonstration statt. Vertreten waren bei derselben: Dr. Bestirke für den deutschen Hauptverband der Industrie, Baumeister Struy und Dr. Sturm für die ständige Delegation der deutschen Baumeister, Dr. Raab-Freiwalden und Ladway für die Handels- und Gewerbekammer Reichensberg, Dr. Knobloch für die Hauptstelle der deutschen elektrotechnischen Firmen der Technische Verbände der Schlosser, der Holzverarbeitenden Gewerbe, der Schmiede, Tischler, Maler und Lackierer, weiters Ing. Marpe des Verbandes der nicht autorisierten Zivilingenieure. Auch Abge-

ordnete nahmen an der Demonstration teil.

Die offiziellen Referenten Staatsgewerbeverband für die Bauhandwerker und Dr. Sturm für die Bau-, Maurer- und Zimmermeister. Die Referenten schilderten die unaussprechlichen Folgen und Wirkungen des drohenden Gesetzesentwurfes, welcher nichts mehr und weniger will, als die genannten Berufe einfach vernichten, indem er sie zu gänzlich abhängigen Gehilfen einer in ihrer Art neu zu schaffenden Berufskategorie macht. Nach einer ziemlich lebhaften Wechselrede wurde eine Entschließung angenommen, welche dem Ministerium für öffentliche Arbeiten durch eine Deputation überreicht werden soll.

An diesem Kampf ums Dasein haben die Arbeiter des Baugewerbes und der Baustoffindustrie kein direktes Interesse. Die Arbeiter interessiert aber sehr stark ein Teil der angenommenen Entschließung. Dieselbe lautet:

„Der Deutsche Landesgewerbeverband hat bereits seiner über 70 Mitgliedsverbände mit insgesamt mehr als 1200 Gewerkschaften im Verein mit der Ständigen Delegation der deutschen Baumeister in Karlsruhe, sowie in Anwesenheit und unter Zustimmung von Vertretern des Deutschen Hauptverbandes der Industrie und des Verbandes der deutschen Zivilingenieure auf seiner von Vertretern des ganzen Landes beschickten großen Versammlung in Leipzig mit Zustimmung festgesetzt, daß das Ministerium für öffentliche Arbeiten von gewisser, ungenügend interessierter Seite veranlaßt wurde, in Form eines „Gesetzesentwurfes über die autorisierten Zivilingenieure“ einen tödlichen Streich gegen alle bisher in Form einer Konzession oder eines Gewerbebeschlusses in ihrem Erwerbe gesicherten Baugewerbe zu führen.“

Es erscheint uns ganz unsehbar, daß man an maßgebenden Regierungskreisen und in manchen parlamentarischen Kreisen auch nur einen Augenblick daran denken konnte, viele Zehntausende von Mittelstandbesitzern nur deshalb mit einem Schlag zu ruinieren, weil man sich verpflichtet glaubt, für die Lederproduktion von einigen hundert Zivilingenieuren ein staatlich garantiertes Unterkommen in der Art schaffen zu müssen, daß man diesen, sogar außerhalb der gesetzlichen, sonst zu unserem Schaden oft recht streng gehandhabten Gewerbeordnung die Berechtigung einzuräumen will, mit Umgehung der offiziellen Baugewerbe und unter Ausnutzung einer juridisch ganz undenkbaren haubauamtlichen Ausnahmsstellung baugewerbliche Arbeiten jeder Art auszuführen, zu beaufsichtigen und zu überwachen.

Ganz abgesehen von der selbstverständlichen Pflicht eines demokratischen Staates, bei Interessen-Kollisionen sicher nicht zuletzt die Interessen der numerisch weit überwiegend stärkeren Gruppe zu wahren, ist es ganz klar, daß es der Vorteil des Staates selbst erfordert, eine so zahlreiche Gruppe besser Steuerzahler zu machen.

Wir verwahren uns daher gegen diesen Angriff auf unsere Existenz auf das nachdrücklichste und fordern:

1. Die Zurückziehung des gesamten Gesetzentwurfes, bzw. die Unterlassung der Vorlage desselben in der gegenwärtigen oder einer ähnlichen Form und
2. Gelegenheit zur Stellungnahme in der Art, daß man den Gesetzentwurf den betroffenen Epochenanstellungen nach vor seiner Vorlage in

Bur Gemeindevwahl!

Die Aufgaben und Forderungen der freien Gemeinde. Ein Nachschlagebuch für alle Gemeindefunktionäre. 6 Krouen.

Vollschubhandlung in Tepitz-Schönan Königsstraße 13 (direkt gegenüber dem neuen Stadthaus).

Einsiede-Bücher

- Flammchen der Gemüse . . . 6.-
- Einmachen der Früchte . . . 3.-
- Dörren des Obstes und der Gemüse . . . 3.-
- Marmeladen- u. Marmeladenzug . . . 3.-
- Kandierte Früchte u. Konfitüren . . . 3.-
- Fruchtsaft-Bereitung im Haushalt u. Kleinbetrieb . . . 3.-
- Obst- und Beerenweinbereitung . . . 15.-
- Dorn- u. Einledekunst . . . 8 Pf.
- Kochbuch d. Prager Kochschule . . . 45.-

Einsiede-Pergament zu beziehen durch **Vollschubhandlung in Tepitz-Schönan Königsstraße 13.**

Haben Sie Schmerzen im Genick?

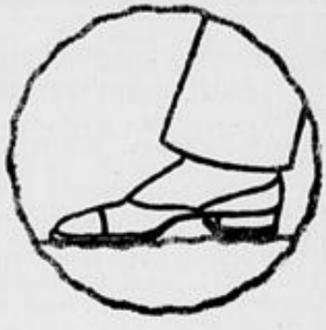


8000 Schritte pro Tag und abends doch frisch. keine Schmerzen, mit

BERSON 750



So?



so?

der gesetzgebenden Versammlung zur Stellungnahme übermittelt.“

Der deutsche Landesgewerbeverband im Vereine mit der ständigen Delegation der deutschen Baumeister und in Anwesenheit und unter Zustimmung des deutschen Hauptverbandes der Industrie, sowie des Verbandes der nicht autorisierten deutschen Zivilingenieure hält es als eine selbstverständliche Pflicht eines demokratischen Staates, bei Interessen-Kollisionen sicher nicht zuletzt die Interessen der numerisch weit überwiegend stärkeren Gruppe zu wahren. Es sei auch ganz klar, daß es der Vorteil des Staates selbst erfordert, eine so zahlreiche Gruppe besser Steuerzahler zu machen.

Dieser Grundsatz ist unbestritten ein sehr vernünftiger. Bei den Unternehmern, insbesondere aber bei den vorher genannten Körperschaften, besteht bei Anwendung dieses Grundsatzes nur ein kleiner Unterschied. Wenn es sich um Interessentkollisionen der Besitzklasse untereinander handelt, wird dieser Grundsatz als richtig bezeichnet. Diese Auffassung ändert sich

aber sofort, wenn es sich um Interessentkollisionen zwischen Arbeitern und Unternehmern handelt. Da erbliden letztere es durchaus nicht als selbstverständliche Pflicht eines demokratischen Staates, bei diesen Konflikten die Interessen der numerisch weit überwiegend stärkeren Gruppe nicht zu wahren. Trotzdem die Arbeiter nicht bloß die numerisch stärkste Gruppe im Staate, sondern auch der beste Steuerzahler ist. Die Unternehmer verlangen in solchen Fällen das Umgekehrte. Die Wahrung der Interessen der schwächeren Gruppe und des schlechteren Steuerzahlers. Der Staat handelt in der Regel ja auch nach diesen umgekehrten Grundsatz. Und es entsteht deshalb die wohlberedigte Frage, warum der Staat, die Regierung ausgerechnet bei dem Gesetzentwurf über die autorisierten Zivilingenieure von seiner Regel abgehen soll. Was die Unternehmer für die Arbeiter billig halten, sollte doch auch für sie recht sein. Schon wegen des demokratischen Staates, in dem wir leben und an dessen selbstverständliche Pflicht die Unternehmer so gern und in den verschiedenartigsten Variationen appellieren.

Öffentliche Wählerversammlung

Wähler Liste Nr. 14 der deutschen Sozialdemokraten.

Freitag, 8 Uhr abends, Uraniaaal Prag, Gmeißtagasse. Redner: Gen. Georg Emmerling, Oberbürgermeister von Wien. Gen. Senator Wilhelm Tiefner.

Jud Geld.

Ein Märchen von Gerhard Färber.

Aber folgen wir ihm. Er wendet sich zuerst vor der Synagoge an einen alten Juden mit buntem Gummistragen und schlammig gebundener Krawatte. „Ich will rein!“ und der Jüd fängt an zu erklären: Dieses Gotteshaus ist fünfhundert Jahre alt zuerst gegründet von dem und dem, geschenkt ist das und das, vor dreihundert Jahren ist dieser Bau dazugekommen und so fort . . . so will der Mann weiterbeten, aber der wunderliche Alte unterbricht ihn. „Was heißt das? Will ich wissen!, komm' mich da selber nicht aus, wo wohnen die Gelds?“ Diese Frage führt den anderen der unferen Geld für einen hässlichen fremden Wallfahrer gehalten hatte in die Wirklichkeit zurück und er antwortet mit einem neugierigen Seitenblick auf Geld: „Zauberstraße 1361, Souverain, sind sie ein Verwandter?“ „Ja!“ „Geld? Sie sind reich Leute. Der Lärm der verkehrsreichen Großstadt schlägt an sein Ohr. Das ungewohnt von dem Geldselbst. Geldselbst überwältigt wird. Er will über die beliebteste Straße und versucht es auch mehr Todesangst im Blick als er damals hatte da die Masse in der Judenstadt tobte. Der arme Alte tappt ganz furchtlos über den Fußsteig und kommt zwischen die Gasse und die Schienen der Straßenbahn. Er hat keine Ahnung vom modernen Straßenverkehr und geht wie ein verkehrtes Eichhörnchen nach rechts und nach links, natürlich immer dann, wenn von rechts oder links ein laufender Autofahrer oder eine pfeifende Motorzylbelliste kommt

auf die Gegenseite und es ist beinahe lächerlich, wenn der alte Mann, wie ein schoner Hirsch zur Zeit springt und seinen Büntel dabei verliert. Aber endlich ist er drüben und starrt die vielen prachtvollen Laden mit den schönen Krawatten, den feinen Herrenartikeln, den hochmodernen Tailleurgeschäften, Konfektions- und Pariser Modellen, Toilettegedingen an und nachdem er sich ganz verächtlicher hat gesehen hat, tritt er in einen Speiseautomaten und sieht mit hungerndem Magen und bohrendem Appetit, wie die gefräßigen Leute Zehnellerstücklein in die Automaten werfen und dann die lederen Brötchen herausnehmen und von ihnen speisen. Verstohlen wie ein Junge, zieht er einen Dufaten aus der Tasche und betrachtet ihn. Er hat ihn damals vor 310 Jahren von Onkel David geschenkt bekommen und trennt sich schwer von ihm, aber die lederen Sachen und der Hunger bezwingen ihn. Er kann das unförmige Geldstück nicht in den Spalt hineinstecken und muß wechseln. Man bedient ihn nach einigen Erstaunen und betrügt ihn nämlich die alte Goldmünze hat Wert. Dann aber tut sich unfer lieber Geld Nathan keinen Zwang mehr an und ist, was er kann, und trinkt, was er ausbitt. Endlich hört er limonadetrickend und fardellenbuterreichend auf. Dreißig Brötchen und zwanzig Limonaden bleiben auf der Zitrade. Jetzt wechseln wir den Schauplatz und begeben uns in die Wohnung der Nachfahren Gelds: Geld Margarinefabrik N. O. Zauerstraße 1361, Souverain. Seine, durchschmittliche, zehnmäßige Speisezimmer, Herrenzimmer, Alubüffel, Nußbaumholz, Rosenholz, Mahagoniholz, kurz und gut, wie es bei einem Herrn Chef einer gühgebenden Margarine-

fabrik aussehen kann. Man sieht gerade beim Abendessen und verpöht den Tomatenalat, als es künct und der besagte Hausierer hereintritt. Gattin und Tochter des Hauses rumpfen die Nase, der Herr Margarinefabrikant aber sagt: „Jean, Sie wissen doch, daß ich jetzt nicht zu Wohlthatigkeitswerken da bin und empfangen und zu Geld Nathan gewendet fühlt. „Was wünschen Sie?“ Dieser kreist im Zimmer umher, als ob es seines wäre: Was heißt wünschen? Ich wünscht mir eine Million, laß Dich unarmen, ich bin der Geld Nathan, übrigens ist das ein schlechter Diener, den möchte ich herausschmeißen, der läßt einen, wenn man ein bißchen frech wird gleich in den Salon! Herr Siegfried Geld antwortet kalt und abweisend: „Geld Nathan, was soll ich damit anfangen?, wie kommen sie da herein?“ — „Nu, ich bin der Geld Nathan, geboren Anno 1613, gehöre zur Familie du wirst mich nicht herausschmeißen“, sagt Nathan, der sich trotz seiner Frechheit furchsam im Zimmer umguckt und breitet gleich seine Geburtsdokumente aus. Der Herr Fabrikant leßt, ohne sich zurechtzufinden, die Frauen des Hauses machen verdächtige Gesichter. Endlich begreift er und erkennt den vor ihm stehenden Nathan als Heiden einer Geschichte, welche die alte zahnlöse Großmutter oft genug vermittelte hat, und es passiert, was bei so unbegreiflichen Wandern, wie diesem hier, oft genug passiert: Keiner fragt nach Sinn und Zweck und Wahrheit, jeder wird von einem Fieber der Mitteilbarkeit erfaßt; und so sagt auch Herr Siegfried Geld: Mein Gott! das ist der Nathan! Rein so was da müssen wir gleich zur Großmutter fliegen, die hat oft von dir erzählt! „Was fliegen?“

„Na ja mit dem Aeroplan!“ „Mit was für a Plan?“ „Was redst mir da ein? Ach das versteht du wieder nicht, wir haben Fortschritte gemacht, ich was, wir sehen uns dann in ein Auto, fahren zum Flughafen und schnupps sind wir bei der Großmutter und da kannst du erzählen soviel du Lust hast.“ „Wo wohnt die Großmutter?“ „In Leipzig!“ „Was das ist ja e Reife von Wochchen!“ „I wo von einer halben Stunde!“ Eile dich nur und ih! „W-a-a-a-s?“ Der arme Geld Nathan ist Tomatenalat, Sommermohnsaße und kalten Hühnerbraten; trotzdem er recht viel auf dem Teller hat und mächtig darauf schaut, daß er von den guten Sachen nicht zu wenig genießt, hat er den Augstschweiß auf der Stirne, an dem die Großmutter und der Plan, auf dem man fliegen will und die halbblündige Reife nach Leipzig schuld sind. Schließlich ist er trotz seiner begeisterten Appetitlosigkeit mit der familiären Riesenportion fertig und der Fabrikant nimmt ihn am Arm und zieht ihn mit sich fort. „Komm, komm!“ Der Protestierende wird mißgerissen und steht im schönsten Nachmittagssonnenschein vor der glänzend lackierten Limousine des reichen Mannes. „Gut glänzt er ja, der Lack, aber wo ist das Gesicht für die Pferde?“ — „Das existiert nicht, komm, du wirst schon sehen, sagt der alte Herrscher der Margarine und zieht den Augstvolten auf das weiche Lederpolster nieder. „Weich sieht sich ja, meint der auf dem Leder nach Kinderart Hüpfende, aber was fängt man ohne Pferde an? Doch der Fabrikant gibt dem Chauffeur lächelnd einen Befehl und hui geht es fort.“

(Schluß folgt.)

Chlorodont

die herrlich erfrischende Zahnpaste
beseitigt unangenehmen Mundgeruch

Kleine Tube Kc 4— grosse Tube Kc 6—

Die deutsche sozialdemokratische Wahlkanzlei für Prag

Befindet sich im Verein deutscher Arbeiter, Prag II., Smečtagasse 27/3. Dort werden täglich von 9 bis 12 Uhr und von 2 bis 6 Uhr Auskünfte in allen Fragen, die die Gemeindevahl betreffen, erteilt.

Die Zentralorganisation der Konsumgenossenschaftsverbände.

Dieser Tage wurde die Generalversammlung der Interessenzentrale der Genossenschaftsverbände in Prag abgehalten, eine Interessenzentralorganisation der Konsumgenossenschaftsverbände erteilt nach dem Gesetz Nr. 237 von 1924. Nach den Verträgen sind in der Interessenzentrale sechs Verbände vereinigt, und zwar: der Zentralverband der tschechoslowakischen Genossenschaften in Prag, der Verband der deutschen Wirtschaftsgenossenschaften in Prag, Legiojednota, Zentrale der Legionärgenossenschaften in Prag, Wirtschaftsverband der Reichsvereinigung deutscher Gewerkschaften in Prag, und die Währsch-Schlesische Vereinigung der Nahrungsmittel- und anderer Selbsthilfegenossenschaften in Brünn. In den angeführten sechs Verbänden sind 2224 Genossenschaften mit einer Zahl von 1.018.296 Mitgliedern und mit einem Gesamtumsatz von 2130.895.000 Kc vereinigt. Die Interessenzentrale ist die größte Interessenzentralorganisation der Tschechoslowakischen Republik.

In der Generalversammlung wurde eine Aenderung der Statuten wie auch die Wahl des Vorstandes und des Aufsichtsrates vorgenommen. Gleichzeitig wurden auch Richtlinien für das weitere Vorgehen der in der Interessenzentrale vereinigten Genossenschaftsbewegung beschlossen. Es wurden auch Beschwerden laut wegen der Nichtachtung dieser wichtigen Institution von Seite der staatlichen und anderer autonomer Organe. Insbesondere wurde darüber Beschwerde geführt, daß diese größte Interessenzentralorganisation, die zum Zwecke die Wahrung der Interessen der organisierten Verbraucher hat, nicht in die Verträge und Institutionen berufen wird, die in wirtschaftlichen Fragen bestmündend sind für die Erstattung von Gutachten und anderer wichtiger Aktionen. Zu dem Zwecke wurde vereinbart, daß sich der Vorstand an alle zuständigen staatlichen und autonomen Organe zum Zwecke einer Besetzung dieser Uebelstände wende.

Gerichtssaal.

Die Prager Wohnungshande.

Prag, 13. Oktober. In Smichow eine Kellerwohnung bestehend aus einem einzigen Raume... Es wohnt hier eine Frau mit einem Manne, bei Nacht sieht dem Ehepaar nur ein einziges Bett in diesem Keller zur Verfügung... In demselben Raume wohnt ein anderes Ehepaar, dem das erste Ehepaar ein Bett vermietet hat. In diesem Bett schläft zur Nacht außer den beiden Gatten noch ein Kind, drei Personen in einem einzigen Bette... Die Leute zahlen den Wohnungsvermietern (dem ersten Ehepaar) 200 Kronen monatlich für das Bett... Da nimmt die geschäftstüchtige Frau, die weiß, wie kostbar jedes Kämmchen in Prag ist, noch ein drittes Mädchen in das Kellerloch, in dem die fünf Personen bereits wohnen... Wieder Mann und Weib, aber Leute, die noch nicht den „Zchein“ haben, daß sie wirklich Eheleute sind, nur Verlobte... Also drei Betten in dem Kellerloche und in ihnen zur Nacht sieben Menschen... Wahrscheinlich, die Wirklichkeit hat Gott's „Nachtschlaf“ übertroffen! Dort hat wenigstens jeder sein Lager, wenn es auch nur ein bißchen Stroh am Boden ist... Die Eheleute sind mit den neuen Mietern nicht einverstanden, da die Wohnungsinhaberin für dieses Bett auch 200 K monatlich fordert und so für den Raum K 400.— monatlich bezieht, während sie K 40.— Monatsmiete bezahlt... Sie zeigen die Vermieterin wegen Wohnungswunders an... Der Richter, OGH, Soula, erkennt die Frau für schuldig und verurteilt sie zu acht Tagen einfachen Arrestes... Das ist ja ganz in Ordnung, aber die eigentlichen Schuldigen sind die Herren des Prager Rathauses, die in der Prager Wohnungshande in den zehn Jahren seit Kriegsende nicht den Finger gerührt haben. In Wien wohnt jeder dreizehnte Wiener in einem Gemeindehause, in Prag haufen die armen Menschen elender als Vieh, die halbwegs Zahlungsfähigen müssen den größten Teil ihres Einkommens dem Wohnungs-

wucher opfern, um ein Heim zu haben. Und der Wohnungswucher gedeiht dank der Vermittlung der bürgerlichen Blätter ungehindert weiter!

Die Geschichte vom Wolfshund.

Prag, 13. Oktober. Der Schulfreund Johann Anders ging am 3. August über das Stadion auf der Prager Veina. Bei dem Restaurateur Josef Baloun, der dort sein Lokal hat, war gerade ein Gast anwesend. Nämlich ein Wolfshund. Er beschäftigte sich lebhaft mit einem Knochen, und schien allem Anscheine nach mit diesem Bissen zufrieden zu sein. Bis der Schulfreund vorüberkam. Wertwärtigerweise bekam der Hund plötzlich Appetit auf einen anderen Bissen. Nämlich auf das Wadenbein des Schulfreundes. Der Knoche wurde ernstlich gebissen, die Hufe war zerrissen. Ein Wadmann kam und schrieb sich die Adresse des Restaurateurs auf. Die Sache ging jetzt den berühmten „Amisweg“. Der Restaurateur wurde angeklagt. Er protestierte. Weil er nämlich überhaupt nicht der Besitzer des Hundes war, sondern eine Frau Josefa Kraus. Bei ihm war der Hund bloß als „Gast“. Also ging die Sache wieder den „Amisweg“, bis endlich Frau Kraus die Anklage bekam. Heute hatte sie sich vor dem OGH. Sitza zu verantworten, weil ein Tierbesitzer für allen Schaden haftet, den ein Tier anrichtet. Der Richter sprach die Frau frei, da sie höchstens gegen die Polizeiverordnung betreffs der Hundefortnahme sich vergangen hatte. Der Kläger muß sich nun im „Amisweg“ an das Zivilgericht wenden, damit er betreffs seiner Ansprüche: Ertrag der Hufe im Werte von K 200 und K 500 Schmerzensgeld befriedigt werde.

Eine merkwürdige Anzeige.

Prag, 13. Oktober. Der Bäcker Anton K. aus Davle kaufte von der Prager Autohandels-gesellschaft ein Kastrino um 24.000 K und verpflichtete sich, es in Monatsraten zu K 2000.— zu bezahlen. Er leistete alle Raten pünktlich, bis auf K 1000.—, die er sich für eine Autoreparatur in Abzug brachte. Die Firma war nicht einverstanden. Inzwischen verkaufte der Bäckermeister das Auto weiter. Da erstattete die Gesellschaft gegen den Mann die Strafanzeige wegen Veruntreuung! Selbstredend wurde er heute auf Grund der vorgelegten Zahlungsbelegungen freigesprochen.

Der ganze Fall ist charakteristisch für die Amoral der sogenannten Kaugeschäfte, bei welchen sich der Verkäufer immer das Eigentumsrecht bis zur Zahlung der letzten Rate vorbehält. Daß die Preise beim Kaugeschäfte aber immer bedeutend hinaufgeschraubt werden, ist ja bekannt.

Kunst und Wissen.

Puccini's Oper „La Boheme“ erfreut sich nach wie vor der besonderen Gunst des Publikums, wie der ungewöhnlich zahlreiche Besuch der Neuaufführung des Werkes im Neuen Deutschen Theater am Mittwoch bewies. Kapellmeister Dr. Kolisko als verantwortlicher musikalischer Erneuerer der Oper hatte diesmal entschieden mehr Glück als bei den bisher von ihm geleiteten Opernabenden. Die lyrische Note der „Boheme“ liegt ihm ungleich besser als der dramatische Ton Verdis und Mascognis. Zwar gerieten die ensemblemäßigen Nummern und sporadischen Stellen der Oper noch nicht ganz so sauber und vollkommen, wie es wünschenswert ist, aber man merkte es dieser „Boheme“-Neuaufführung deutlich an, daß ausgiebiger und gründlicher geprobt worden war als sonst. Etwas mehr Bewußtsein und Leichtigkeit in den Tempis wird sich Kapellmeister Kolisko auch noch aneignen haben und den Willen, den Wünschen und Freizeiten der Sängerinnen und Sänger nicht immer und überall bedingungslos nachzugeben. Prof. Zemmler hatte die teilweise Neuaufführung der Oper bewirkt, das heißt in mehr oder weniger ausgiebigen Umgruppierungen der Szene seinen Arbeitswillen kundgegeben. Einzelnes ist ihm hierbei gelungen und sei auch anerkannt, wie beispielsweise die Erziehung des unwahrscheinlichen luxuriösen Mannes in der Dachstube der Pariser Künstler im ersten Bild durch einen zweckmäßigen gewöhnlichen eisernen Ofen. In den großen Szenenarrangements aber, wie in dem am Montmartre spielenden zweiten Akt der Oper, hat er auch diesmal versagt; denn in dem Bestreben, möglichst viel des Guten zu tun, erstikt Zemmler die Szene. Ein großer Regiefehler war es auch, daß das scheinbar allzu hitzige Temperament aller Solisten sie veranlaßte, ihren Weihnachtssausflug auf den Montmartre in durchaus sommerlicher Kleidung zu machen. Unter den zahlreichen Neubesetzungen der Oper erweckte die Mimi Frl. Holmgrens das größte Interesse und die lauteste Anerkennung; der kristallklare, wundervoll timbrierte, ungewöhnlich kultivierte und mühelos ansprechende Sopran der Künstlerin bot einen ganz seltenen Genuß, über dem man sogar die darstellerischen Schwächen der Sängerin vergaß. Ausgezeichnet war auch Frau Schulz-Eisenlohr als Musette; gesanglich zwar etwas schwerfällig, aber darstellerisch von entzückender Anmut und dezenter Pikanterie. Weniger befriedigt hat uns Dr. Adrians Poch Rudolf;

er war darstellerisch und gesanglich mehr der draußgängereckliche Liebhaber als der warmfühlende Dichter.

Vortragabend Gustav Herrmann. Der bekannte Dichter am 12. ds. vor einem leider nicht sehr zahlreichen Publikum als Gast der Prager „Urania“ herrliche Dichtungen. Alle Vorträge waren auch die besten. Herrmann, volltönender Stimme getragene Sprache, seine den Vortrag wirkungsvoll unterstreichende Mimik ausgezeichnetes Einfühlungsvermögen in das Werk des Dichters. Das Programm wies neben immer wieder gern gehörten Repertoirestücken Gustav Herrmanns auch einige prächtige neuere Dichtungen auf, von denen am besten Joachim Ringelnatz' spöttischerde Verse und eine prächtig vorgetragene Geschichte aus dem Spanischen gefielen. E. P.

Otto Macha, der von seinem Engagement am Prager Deutschen Theater noch in bester Erinnerung stehende Tenor, hat dieser Tage am Städtischen Theater in Saarbrücken als Assolvent in Goldmarcs Oper „Die Königin von Saba“ einen bedeutenden Erfolg gehabt. Wie wir weiter erfahren, wurde der Künstler für ein mehrmonatliches Gastspiel nach Paris verpflichtet.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Freitag (10—2), halb 8 Uhr: „Kapitän Brachmann“ Samstag (11—3), 8 Uhr: „Electra“ Sonntag, halb 3 Uhr: „Der liebe Augustin“ Montag, halb 8 Uhr: „Tosca“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Freitag: „Sprungbrett der Liebe.“ Samstag: „Kukul“ Sonntag, 3 Uhr: „Sunbury“ 1/2 8 Uhr: „Kukul“ Montag: „Gugus und sein Ring“

Literatur.

H. C. Helme — Wenig „Silhouetten um Prag“. Verlag „Der Osten“, Breslau, Fichtestraße 12. Wenn man eine Stadt kennen lernen will, dann muß man — einen Fremden fragen. Der einheimische Veranlasser geht meist blind durch den Ort, wo er lebt, ein „Zehender“ ist bloß der Fremde! Ein Buch, das mit lebenden und liebenden Augen für das alte Prag geschrieben wurde, stammt auch von zwei Deutschen, es ist das Bändchen: „Silhouetten um Prag.“ Wieviel Neues kann der Prager daraus erfahren! Mit welchem Enthusiasmus sind die Prager Lesenswürdigkeiten und Kunststätten beschrieben! Eine Reihe schöner Gedichte (an das barocke Prag an den Valberturm, Loreto, den Vidhauer Mathias Braun, das Judenkloster, den Thunpalast u. a.) zeigen dem Leser mit dem Buch, woran er meist gedankenlos vorübergeht, in neuen Licht.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czich, Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß, Verlag: Deutsche Zeitungsgesellschaft in Prag. Für den Druck verantwortlich: Otto Döllh, Prag. Die Zeitungsmarkentragatur wurde von der Post- u. Telegraphenverwaltung mit Erlaß Nr. 127 451 VII/27 am 14. Dez. 1927 bewilligt.

KINO-PROGRAMM

Vom 14. bis 20. Oktober
Wran Urania-Kino
Dagfin, der Schneeschuhläufer.

LIDO IO
Harry Piels Doppelgänger.

AVION
Telephon 296.90.



Der Film der Filme
Fünfte unwiderruflich letzte Woche.

Wo verkehren wir?

Café „Continental“, Prag, Graben

LIDOVÝ DŮM
PRAG II., Hübnersko 7

Café „Nizza“
Kaf. Weinberge, Fochova 27.

Der Bankrat der Čechoslovakischen Nationalbank erfüllt seine schmerzliche Pflicht und gibt bekannt, daß am 11. Oktober l. J. Herr

ALOIS VLK

Ministerialrat l. R., Präsident der Cyrilo-Methodějská záložna in Brünn, Mitglied des Bankrates der Čechoslovakischen Nationalbank usw. verschieden ist.

Der Verstorbene wirkte im Bankrate der Čechoslovakischen Nationalbank seit Gründung dieser Anstalt. Er versah seine Funktion mit außergewöhnlicher Gewissenhaftigkeit und trug durch seine reichen Erfahrungen auf dem Gebiete des čechoslovakischen Geldwesens zur erfolgreichen Tätigkeit der Notenbank bei.

Alle, die mit ihm zusammengearbeitet haben, werden ihm ein dankbares Andenken bewahren.

Das Begräbnis des Verstorbenen fand in Brünn am Donnerstag, den 13. Oktober 1927, um 3 Uhr nachmittags statt.

Prag, im Oktober 1927.